

Skizze 01: Status Quo - „Freiheit“ und „Gleichheit“

Die Prinzipien „Freiheit“ und „Gleichheit“ sind spätestens seit der französischen Revolution die Basis, der meisten modernen Verfassungen.

Wie aber, ist es um die Realisierung dieser Prinzipien bestellt?

Sind wir „frei“, oder gibt es bis hinein in die privatesten Bereiche Regeln?

Sind wir „gleich“, oder haben einige von uns deutlich mehr Freiheiten und viel mehr Ressourcen? Kontrollieren wir, gleich und frei die gesellschaftlichen Regeln, oder werden diese von einer kleinen Minderheit von Politikern und Juristen kontrolliert?

Sehen wir uns also konkret ein paar Freiheiten an:

Bewegungsfreiheit:

Können wir uns frei auf dem Planeten bewegen? Nein. Territorialstaaten und Landeignerschaft regeln ganz exakt, wo und wie wir uns bewegen dürfen, welche Bereiche wir betreten dürfen und welche nicht und wie weit wir uns vom Ursprungsort fortbewegen dürfen.

Unser Bewegungsspielraum ist also genau eingeschränkt, gemanaged, normiert und die Plätze mit „betreten verboten“ sind deutlich zahlreicher, als die mit „betreten erlaubt“ oder gar „betreten erwünscht“.

Wir dürfen zum Beispiel einen Wald nicht betreten, aus welchem vor hundert Jahren unsere Urururgroßeltern von bewaffneten Raubrittern vertrieben wurden, was deren Nachfahren noch heute als Legitimation für Besitzansprüche an eben diesem Wald genügt. Das Unrecht von damals wurde zum heutigen Recht – einfach durch Legitimation durch eine herrschende Elite: weil diese es so bestimmt hat.

Die vielschichtige Diskussion um „Landbesitz“ möchte ich hier aber noch nicht führen – dazu gibt es in der Skizze „Ressourcen“ ein eigenes Kapitel.

Aber aufgrund historischer Ungerechtigkeiten, Kriege, und Territorialansprüche dürfen wir heute nicht überall hin. Bewegungsfreiheit ist anders. Gerechtigkeit übrigens auch.

Freiheit beim Zugriff auf Ressourcen:

Haben wir anteilig gleichen und freien Zugang zu Ressourcen? Nein. Eine verschwindende Minderheit der Weltbevölkerung kontrolliert die signifikante Mehrheit aller Ressourcen. Eine etwas größere Minderheit hat (in diversen goldenen Käfigen) mehr, als sie zum Überleben benötigt. Eine signifikante Mehrheit hat gerade genug zum Überleben und eine substantiell große Gruppe hat nicht mal das.

Freiheit beim Zugriff auf Ressourcen? Nicht auf diesem Planeten.

Freier Markt:

Sind wir frei in unseren täglichen, wirtschaftlichen Transaktionen? Können wir frei Waren, Dienstleistungen, Rohstoffe, etc. tauschen, gegebenenfalls gegen ein passendes, wertgesichertes Transfermedium (Geld) für zeitversetzte Transaktionen?

Es scheint so. Jederzeit kann man in Geschäfte gehen, Waren und Dienstleistungen kaufen, in scheinbar unüberschaubarer Fülle und Auswahl.

Aber keine einzige legale Transaktion ist frei. Denn bei jeder privatwirtschaftlichen Transaktion, wird der Transaktionswert (also die Summe der an der Transaktion beteiligten Werte) geschmälert, durch Steuern, Abgaben, Zölle und Zinsen auf das Transfermedium. Bei jeder Transaktion, die sie durchführen, verdient eine Horde von wirtschafts-

vampiristischen Nutzniessern auf ihre Kosten mit.

Diese vampirischen Volkswirtschaftsschädlinge machen dies, - und das ist die Pikanterie an der Sache – im Namen des „freien Marktes“.

Unser Markt ist nicht frei – eher das genaue Gegenteil. Unser Markt ist streng reglementiert, kontrolliert und unterliegt einer stetigen Ausbeutung, indem der Wert jeder einzelnen Transaktion substanziiell geschmälert wird, indem die monopolistischen Betreiber dieses unfreien Marktes mitverdienen.

Freier Markt? Fehlanzeige!

Redefreiheit:

Nun, solange sie nichts sagen, das:

- gegen geltendes Recht verstößt
- irgendjemandem missfällt, der sich einen besseren Anwalt als sie leisten kann
- politisch unkorrekt ist
- als Scherz gemeint ist, aber ernst genommen wird (in diesem Sinne, sicherheitshalber, sind natürlich all meine Texte nur blanke Satire ;-)

existiert heutzutage noch so etwas wie Redefreiheit. Also zumindest ein Punkt, wo Freiheit noch einigermaßen gegeben ist – sonst dürfte ich diese Texte auch nicht publizieren und müsste mich vor massiven Repressalien fürchten.

Also reden sie, was sie wollen – im Lärm multimedialer Dauerberieselung hört sie ohnedies niemand. Wozu also Redefreiheit beschneiden, wenn niemand mehr zuhört?

Diese Freiheit zu gewähren, kommt die Mächtigen recht billig.

(Ich bin schon gespannt, wie viele Leser ich mit meinen Texten erreiche? Wenige? Einige? Oder sogar viele?)

Kommen wir zum Abschluss dieser Skizze zum demokratischen

Mitbestimmungsrecht: die Freiheit der Bürger, ihren Staat selbst zu gestalten:

Haben wir die Freiheit, mitzubestimmen? Nein. Wir haben in westlichen Pseudo-Demokratien (sogenannten repräsentativen Demokratien) das Recht, aus einer vorgegebenen politischen Elite zu wählen und so bestenfalls insignifikante Machtverschiebungen zu verursachen, ohne tatsächlich in das System eingreifen zu können.

Eine Elite kontrolliert und exekutiert die Gesetze, welche für die Mehrheit unverständlich sind. Diese Minderheit kontrolliert über diese Gesetze die Mehrheit.

Viele der Gesetze (ohne Jurist zu sein vermute ich sogar die meisten) verletzen massiv den Freiheitsgrundsatz und von echter „Gleichheit“ ist auch nichts zu merken.

Das beliebteste Gegenargument zu obigen Aussagen ist: dann gründen sie doch eine Partei, machen sie ein Volksbegehren, bewerben sie sich um ein politisches Amt.

Ist es wirklich so einfach?

Würde sich zum Beispiel ein ganz normaler Bürger für ein öffentliches Amt bewerben – aus konkretem Anlass zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Buches zum Beispiel für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten – dann müsste dies in einer Demokratie ganz einfach sein und dürfte im Normalfall nichts kosten, denn schliesslich hat ja jeder Bürger quasi ein gleiches Anrecht auf die Bewerbung um so ein Amt, wie alle anderen Bürger.

Real kostet das Eintrittsticket, um als möglicher Kandidat gelistet zu werden im Jahr 2010 sie stattliche Summe von €3.600,-. Sehr fair, offen, und demokratisch. Mehr als ein Durchschnitts-Monatsgehalt, nur damit man „amtsbekannt“ als Kandidat gelistet wird und auf Gemeindeämtern Unterstützungserklärungen abgegeben werden können.

Damit die Anzahl der Kandidaten nicht ausufernd wurde nämlich eine Schwelle von 6000 Stimmen für eine Unterstützungserklärung festgelegt. So eine Schwelle macht durchaus Sinn, sonst könnte ja wirklich jeder kandidieren, egal ob aus reiner Langeweile oder um wirklich was zu bewegen. Also Schwelle + Unterstützungserklärungen: ja!

Um künstlich die Erreichung dieser Schwelle zu erschweren und somit den Bürger in seiner aktiven Teilnahme an diesem demokratischen Prozess zu behindern, gibt es aber hier keinen modernen Mechanismus, ähnlich denen auf Social-Network Plattformen, um diese Unterstützungserklärungen zu sammeln, sondern potentielle Unterstützer müssen zu den Amtszeiten auf ein Gemeindeamt pilgern um dort auf Zetteln (pardon – Formularen) händisch ihre Unterstützung kund zu tun – wie in der Steinzeit heutiger Demokratien.

Ist es nun vermessen, als Bürger von einem Staat zu erwarten, dass dieser die Teilnahme an politischen Prozessen, welche den Bürgern zusteht, im Sinne effizienter Dienstleistung am Bürger möglichst vereinfacht? Ich denke nicht.

Also dürfte es sich bei diesem Bürokratismus wohl eher um eine gezielte Behinderung der Teilnahme der Bürger handeln – das Ziel ist Machterhalt der Etablierten.

Wie alleine dieses eine Beispiel zeigt: Teilnahme am politischen System wird unter teils fadenscheinigsten Argumenten erschwert. Dennoch, machen wir uns die Mühe, das häufigste Argument zu analysieren:

Scheinargument: Es muss sichergestellt sein, dass jeder Bürger selbst, anonym, mit nur einer Stimme und eindeutig identifiziert teilnimmt.

Gegenbehauptung: moderne online-Sicherheitsmechanismen, wie heute im Telebanking üblich (z.B. iTAN zur Authentifizierung von Transaktionen, Verschlüsselung, Login-Identifikation, etc), reichen auch für demokratische Prozesse.

Alle anderen, mir bekannten Argumente sind noch fadenscheiniger. Fakt ist, eine Optimierung der Service-Organisation zwecks leichter, effizienter Teilnahme an politischen Prozessen ist möglich. Erste zaghafte Versuche mit Online-Services (z.B. bei Neuausstellung von Pässen) sind ja bereits im etabliert.

Wenn eine solche Optimierung allerdings die Macht-Basis der etablierten Polit-Eliten tangiert, scheint aktive Behinderung angesagt zu sein.

Soviel zur „Freiheit“ gleichberechtigt an politischen Systemen teilnehmen zu dürfen: es gibt sie nicht.

Die systemischen Hürden für die aktive Teilnahme am Entscheidungsprozess sind für Normalbürger kaum zu überwinden, da die Kosten für die Gründung einer Partei oder die Durchführung eines erfolgsversprechenden Volksbegehrens kaum von Privatpersonen aufbringbar sind.

Es gibt keine Online-Plattformen oder Servicestellen, die Bürger aktiv bei einer Parteigründung oder dem Einbringen eines Volksbegehrensvorschlags oder beim Unterstützen eines solchen Vorschlags unterstützen.

Eine Parteigründung oder ein Volksbegehren kann sich also nur jemand mit sehr viel Geld, Popularität oder einem sehr großen Netzwerk leisten, nicht aber die für eine Demokratie relevanten einzelnen Bürger.

Als Fazit bleibt: mit der Freiheit ist es nicht weit her.

Heutige Staaten sind über territoriale Ansprüche und Gewaltmonopole legitimierte Monopolisten und unterscheiden sich somit nur wenig signifikant von den offiziell durch sie verdamnten Mafia-Methoden: erzwinge die Akzeptanz eines „Services“ und setze dies wenn nötig gewaltsam flächendeckend durch – schliesslich hat der Staat das Macht- und Gewalten-Monopol (und die Bürger sind de facto entmachtet).

Wir können uns also weder wirklich frei bewegen, noch haben wir gleichen (nachhaltigen) Zugang zu Ressourcen, noch können wir wirklich bei den Regeln unserer Gesellschaft mitbestimmen. Ich sehe keine Freiheit. Ich sehe Nutzmenschen in mehr oder weniger hübsch vergoldeten Käfigen und Eleiten, die sie zum eigenen Vorteil „bewirtschaften“.

In den Lösungs-Skizzen finden Sie Beschreibungen:

wie eine echte Demokratie aussehen könnte

wie man die direkte Mitbestimmung durch die Bürger signifikant erleichtern kann

wie man Mechanismen schafft, um sicherzustellen, dass Regelwerke die

Verfassungsgrundsätze „Freiheit“ und „Gleichheit“ nicht verletzen

wie man Modelle bilden kann, um Freiheit und Gleichheit zu messen

wie man bestehende Systeme der Unfreiheit und Ungleichheit evolutionär reformieren könnte

wie man auch als globale Minderheit ein parallelsystem etablieren und gegenüber gewaltsamer Unterdrückung durch bestehende Systeme absichern könnte

welche „Services“ durch Staaten wirklich notwendig sind, welche optional, und wie man hier bestehende Monopole durch einen freien Markt für diese Services und damit Wahlfreiheit ersetzen könnte

Zum Abschluss, als Ergänzung, ein kleiner Fragebogen: wie „frei“ und „gleich“ sind sie als Bürger wirklich?

Ich kann mich frei bewegen und werde in dieser Freiheit nicht durch Grenzen, territoriale Besitzansprüche (die über individuelle Wohnräume hinausgehen), bürokratische Formalitäten (z.B. Visum) oder andere Mechanismen behindert?	
<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN

Ich kann unabhängig von meinem Geburts- bzw. Wohnort frei bestimmen, in welchem System sozialer Organisation (= politischem System) ich leben möchte?	
<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN

Innerhalb des von mir frei gewählten politischen Systems habe ich den gleichen (= identischen) Anspruch auf alle innerhalb meines politischen Systems verfügbare Ressourcen (z.B. Landfläche, Wasser, Luft, Biomasse, Bodenschätze, Wohnraum, ...), wie meine Mitbürger? Diese Ressourcen stehen mir zur direkten Verfügung oder in ihrer	
---	--

Verwendung unter meiner direkten Kontrolle?

JA

NEIN

Ich kann frei von Zwang und unabhängig von meinem Geburts- bzw. Wohnort im Sinne eines freien Marktes ohne Monopole entscheiden, für welchen Anbieter von staatlichen Services ich mich entscheide?

JA

NEIN

Ich kann frei und demokratisch direkt mitbestimmen, welche Regeln in dem von mir frei ausgesuchten politischen System gelten? Ich kenne und verstehe alle für mich relevanten Gesetze und benötige dazu keine (teuren) Experten als „Übersetzer“?

JA

NEIN

Ich bin frei von Zwang und Nötigung durch eine Exekutive mit Gewaltmonopol, welche mich zur Teilnahme an einem monopolistischen politischen System zwingt?

JA

NEIN

Ich kann frei und ohne Angst vor Nachteilen oder Klagsdrohungen meine Meinung öffentlich äussern und mich meiner persönlichen Einstellung konform politisch betätigen?

JA

NEIN

Das politische System in welchem ich lebe, stellt sicher, dass mir maximale individuelle Freiheit und ein gleicher Anteil auf vorhandene Ressourcen zur Verfügung stehen?

JA

NEIN